

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1617
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/4117

Freihaltetage im Brandenburger Rahmenvertrag

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1617 vom 04.10.2011:

Menschen mit Behinderungen stehen gegenwärtig 6 Wochen Erholungsurlaub mit insgesamt 42 Kalendertagen zu, d. h. 30 Werktage plus Wochenendtage. Im Brandenburger Rahmenvertrag nach § 79 Abs. 1 SGB XII werden die Konditionen für die vorübergehende Abwesenheit von BewohnerInnen in Heimen sowie die Gewährung des Freihaltgeldes in § 19 (3) geregelt. „Freihaltgeld wird gewährt: bei Urlaub bis zu 30 Tagen je Kalenderjahr“. Damit kann eine Person mit Behinderung, die in einem Behindertenheim untergebracht und als MitarbeiterIn einer Behindertenwerkstatt tätig ist, ihren Erholungsurlaub nicht voll ausschöpfen, ohne Freihaltgeld für die jeweiligen Samstage und Sonntage zu zahlen. Einrichtungen können zusätzliche Freihaltetage beantragen. Beantragt die Einrichtung keine Freihaltetage, besteht für den Behinderten bzw. deren BetreuerIn in der Regel keine Möglichkeit, auf anderem Wege zusätzliche Freihaltetage zu beantragen. Damit besteht eine Diskrepanz zwischen Urlaubsanspruch in den Behindertenwerkstätten und den begrenzten Freihaltetagen in Heimen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten gibt es für Menschen mit Behinderungen in Brandenburg als Werkstattbeschäftigte ihre Urlaubstage voll auszuschöpfen, ohne finanzielle Nachteile in Bezug auf ihre Unterbringung in Kauf nehmen zu müssen?
2. Wie beurteilt die Brandenburger Landesregierung die entsprechende Regelung im Berliner Rahmenvertrag?
3. Welchen rechtlichen Regelungsbedarf sieht die Landesregierung, um den unterschiedlichen Festlegungen durch die Länder zu begegnen, und die rechtliche Gleichstellung der Behinderten zu verbessern?

Datum des Eingangs: 04.11.2011 / Ausgegeben: 09.11.2011

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Welche Möglichkeiten gibt es für Menschen mit Behinderungen in Brandenburg als Werkstattbeschäftigte ihre Urlaubstage voll auszuschöpfen, ohne finanzielle Nachteile in Bezug auf ihre Unterbringung in Kauf nehmen zu müssen?

zu Frage 1: Menschen mit Behinderungen, die in einer Wohnstätte leben und tagsüber einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) nachgehen, erleiden durch die Freihalterregelung keine finanziellen Einbußen. Die Freihalterregelungen betreffen ausschließlich die Rechtsbeziehung zwischen Leistungsträger (in der Regel der Sozialhilfeträger) und Leistungserbringer (Träger der WfbM, Träger der Wohnstätte). Sie sind in § 19 des Rahmenvertrages nach § 79 SGB XII (RV 79; im Internet abrufbar unter http://www.lasv.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/03_05_anlage_Rahmenvertrag.pdf) geregelt. Bei dem Rahmenvertrag handelt es sich um Vereinbarungen auf Landesebene zwischen den Vereinigungen der Träger der Einrichtungen, den kommunalen Spitzenverbänden und dem überörtlichen Sozialhilfeträger. Sie regeln die vergütungsrechtlichen Konsequenzen, sofern die zu betreuende Person aufgrund von Urlaub, Krankheit oder sonstigen Gründen über einen längeren Zeitraum nicht die Einrichtung besucht, aber mit einer Rückkehr zu rechnen ist. Der Urlaubsanspruch des Behinderten bleibt davon unberührt.

Frage 2: Wie beurteilt die Brandenburger Landesregierung die entsprechende Regelung im Berliner Rahmenvertrag?

zu Frage 2: Die Freihalterregelungen des Berliner Rahmenvertrages sind nicht auf das Land Brandenburg übertragbar. Insofern variieren die Regelungsansätze grundlegend bei den zugrundeliegenden Leistungs- und Einrichtungstypen als auch bei den zugrundeliegenden Kalkulationsannahmen. Die im Berliner Rahmenvertrag aufgezählten sehr weit differenzierten Leistungstypen existieren im Land Brandenburg nicht. Des Weiteren enthält der Berliner Rahmenvertrag Regelungen zu ambulanten Diensten und Maßnahmen. Der Rahmenvertrag im Land Brandenburg hat bislang nur Gültigkeit für teil- und vollstationäre Leistungen (siehe Teil I des Brandenburger Rahmenvertrages). Die Freihalterregelungen des Berliner Rahmenvertrages sind kostenintensiver als die im Land Brandenburg, da die Kalkulation des Freihaltergeldes höher ausfällt als die des Freihaltergeldes im Land Brandenburg. Damit sind die Leistungsanbieter grundsätzlich im Land Berlin bessergestellt. Auch ist die Dauer des Bezuges von Freihaltergeld im Land Berlin regelhaft länger als nur 30 Tage. Dies ist jedoch kein Nachteil, da die Brandenburger Regelung - jedoch auf der Grundlage einer Einzelfallentscheidung – auch eine Verlängerung des Zeitraums für die Bewilligung von Freihaltergeld vorsieht. Für die Leistungsberechtigten ist die im Berliner Rahmenvertrag nach § 79 SGB XII enthaltene Regelung zu begrüßen, dass der Einrichtungsträger verpflichtet ist, den in den Vergütungen enthaltenen Verpflegungsanteil auf Wunsch des Leistungsberechtigten bei Abwesenheiten auszus zahlen.

Frage 3: Welchen rechtlichen Regelungsbedarf sieht die Landesregierung, um den unterschiedlichen Festlegungen durch die Länder zu begegnen, und die rechtliche Gleichstellung der Behinderten zu verbessern?

zu Frage 3: Die Brandenburger Kommission hat eine Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Rahmenvertrages nach § 79 SGB XII beschlossen, die sich im September konstituiert hat. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter der Leistungsanbieter, der kommunalen Seite und des Landes. Ein zu bearbeitendes Thema der Arbeitsgruppe sind die Freihalterregelungen im Land Brandenburg, wobei es dabei insbesondere um eine Präzisierung und Konkretisierung der bestehenden Regelungen geht. Zur Verbesserung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Land Berlin und im Land Brandenburg wird im Rahmen dessen ein Thema die Auszahlung des Verpflegungsanteils bei vorübergehender Abwesenheit sein. Die Diskussionen dazu in der Arbeitsgruppe und die Ergebnisse bleiben abzuwarten.